

Daten zur Wirtschaftslage

Die Entwicklung im zweiten Quartal 2016

Die wirtschaftliche Entwicklung in Hessen zeigte im zweiten Quartal 2016 ein gemischtes Bild: Im Verarbeitenden Gewerbe blieben Beschäftigung, Umsätze und preisbereinigte Auftragseingänge hinter den Erwartungen aus dem Vorjahreszeitraum zurück. Das Bauhauptgewerbe konnte nach einem starken ersten Quartal bei Umsatz und Auftragseingängen weiter zulegen. Von April bis Juni 2016 konnte der Wohnbau bei der Anzahl der genehmigten Wohnungen und der Wohnfläche zulegen. Der Flächenbedarf im Nichtwohnbau stieg insbesondere bei Hotels und Gaststätten. Auch der hessische Einzelhandel steigerte Umsätze und Beschäftigung. An die Zuwächse aus dem letzten Quartal konnte der Kfz-Handel anknüpfen und im Großhandel wurde das reale Umsatzniveau aus dem Vorjahresvergleichszeitraum erstmals, nach 2 Quartalen mit rückläufiger Entwicklung, übertroffen. Insgesamt war der Arbeitsmarkt im Aufwärtstrend: Die Arbeitslosigkeit ging zurück und die Erwerbstätigkeit stieg um 1,1 % gegenüber dem Vorjahresvergleichsquarter. Die Inflationsrate lag um 0,1 % nur leicht unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Ursache dafür sind vor allem die im Jahresvergleich deutlich gesunkenen Energiepreise, die die Preissteigerungen bei Mieten überkompensierten.

Verarbeitendes Gewerbe im zweiten Quartal 2016 mit negativen Kennzahlen

Im zweiten Quartal 2016 erreichten die Beschäftigung (- 0,2 %), die Umsätze (- 2,6 %) und auch die preisbereinigten Auftragseingänge (- 6,4 %) nicht das Niveau des zweiten Quartals 2015. Zur negativen Umsatzlage trugen vor allem die Umsätze mit dem Ausland bei. Die rückläufigen Auslandsumsätze wurden vor allem von den Ländern der Eurozone geprägt. Gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresquarter fielen die Umsätze mit diesen Ländern um 12,8 %, während sie mit Ländern außerhalb der Eurozone um 5,3 % stiegen. Für die Auslandsumsätze insgesamt bedeutete dies ein Minus von 3,5 %. Die Inlandsumsätze büßten 1,7 % ein. Zukünftig wird sich diese Entwicklung wohl fortsetzen, denn auch die preisbereinigten Auftragseingänge aus dem Ausland (- 9,6 %) und Inland (- 1,4 %) fielen. Die Diskrepanz zwischen der Entwicklung des Binnenmarktes und der ausländischen Märkte spiegelt sich auch in den Branchenergebnissen der hessischen Industrie bezüglich der preisbereinigten Auftragseingänge wider. Im Einzelnen bedeutete dies für die Chemische Industrie einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahresquarter von 1,8 %, der sich aus einem Plus von 9,1 % aus dem Ausland und einem Minus von 13,2 % aus

Reale Auftragseingänge der hessischen Industrie ¹⁾					
Art der Angabe	2015			2016	
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2 Vj.
Grundzahlen					
Volumenindex ²⁾ des Auftragseingangs insgesamt	103,1 r	94,3 r	94,7 r	97,0	96,5
Inland	94,3 r	92,7 r	91,8 r	88,4	93,0
Ausland	111,6 r	97,2 r	98,5 r	105,3	100,9
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquarter in %					
Volumenindex ²⁾ des Auftragseingangs insgesamt	6,5 r	- 3,0 r	- 7,7 r	- 5,9	- 6,4
Inland	2,6 r	5,3 r	3,8 r	- 6,3	- 1,4
Ausland	9,2 r	- 8,2 r	- 14,5 r	- 5,6	- 9,6
1) Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten. – 2) 2010 = 100.					

dem Inland zusammensetzte. Die Pharmaindustrie verzeichnete insgesamt ein Minus in Höhe von 35,7 %, das allerdings zu einem Großteil auf das Auslaufen von Patentrechten zurückzuführen war. Die Auftragseingänge aus dem Ausland sanken um 43,1 % und die aus dem Inland um 2,4 %. Bei den Herstellern von elektrischen Ausrüstungen sanken die Auftragseingänge um 3,0 % (Inland: + 0,6 %; Ausland: - 5,7 %) und im Maschinenbau fielen sie um 0,8 % (Inland: - 1,8 %; Ausland: +/- 0 %). Bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen stiegen die Auftragseingänge um 1,5 % (Inland: + 4,9 %;



© christian42 - Fotolia.com

Ausland - 1,1 %) genauso wie bei den Herstellern von Metallerzeugnissen; hier stiegen die Neubestellungen insgesamt um 2,4 % (Inland: + 4,5 %; Ausland: - 1,8 %).

Verarbeitendes Gewerbe setzt insgesamt mehr als 26,1 Mrd. Euro um

In den Monaten April bis Juni 2016 fakturierte das hessische Verarbeitende Gewerbe mehr als 26,1 Mrd. Euro und verfehlte damit das Niveau aus dem Vorjahresvergleichsquarter um 2,6 %. Rückläufige Umsätze fanden sich dabei in 3 der 7 großen Branchen wieder. Mit einem Volumen von mehr als 2,8 Mrd. Euro sanken die Umsätze bei den Herstellern pharmazeutischer Erzeugnisse um 18,5 %. In der Chemischen Industrie fielen die Umsätze um 12,6 % auf gut 3,4 Mrd. Euro und bei den Herstellern von Metallerzeugnissen fielen sie um 2,7 % auf 1,4 Mrd. Euro. Gestiegene Umsätze fanden sich bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, und zwar um 2,9 % auf gut 4,4 Mrd. Euro. Auch die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen konnten ihre Umsatzzahlen auf knapp 1,2 Mrd. Euro steigern (+ 8,3 %). Für den Maschinenbau brachte das zweite Quartal einen Umsatzzuwachs von 3,4 % auf 2,5 Mrd. Euro.

Leicht negatives Beschäftigungsniveau

Das Niveau der Beschäftigung blieb im zweiten Quartal 2016 etwas unter dem Niveau des Vorjahresquartals (- 0,2 %). Von April bis Juni beschäftigte die hessische Industrie im Durchschnitt rund 360 000 Personen. Die Entwicklung in den einzelnen großen Branchen war sehr un-

terschiedlich. So fiel beispielsweise die Beschäftigung bei den Herstellern von elektrischen Ausrüstungen um 3,5 % auf gut 22 100 Personen. Um 4,0 % sank die Belegschaft bei den Herstellern chemischer Erzeugnisse auf knapp 36 000 Personen und auch die Hersteller von Metallerzeugnissen senkten die Beschäftigung um 2,2 % auf gut 28 000 Personen. Konstant verhielten sich die Beschäftigtenzahlen bei den Herstellern von Gummi- und Kunststoffwaren, die im Durchschnitt gut 32 200 Personen beschäftigten. Expansiv ausgelegt war hingegen die Personalpolitik bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+ 2,6 % auf gut 52 000 Personen), der Pharmaindustrie (+ 1,3 % auf knapp 21 100 Personen) und im Maschinenbau (+ 0,4 % auf knapp 39 400 Personen).

Bauhauptgewerbe weiter auf dem Höhenflug

Das zweite Quartal 2016 zeichnete – verglichen mit dem zweiten Quartal 2015 – ein positives Bild. Sowohl der Auftragseingang als auch die baugewerblichen Umsätze sowie die Beschäftigung konnten Steigerungen verzeichnen.

Die Auftragseingänge zeigen die Tendenz, wie sich die Konjunktur in den kommenden Monaten entwickeln wird. Die Auftragseingänge übertrafen das Vorjahresvergleichsquarter um 34,1 %. Dieses Plus resultierte aus den stark gestiegenen Auftragseingängen im Hochbau (+ 43,3 %). Vor allem die Bereiche „Wohnungsbau“ (+ 64,2 %) und „Gewerblicher und industrieller Bau“ (+ 41,5 %) trugen zu diesem Anstieg bei. Der öffentliche und Verkehrsbau verzeichnete 12,4 % weniger Auftragseingänge. Die Auftragseingänge im Tiefbau (+ 26,1 %) resultierten vor allem aus dem stark wachsenden Teilbereich „Öffentlicher und Verkehrsbau“. Dieser lag 57,8 % über dem Vorjahresniveau. Der Straßenbau und der gewerbliche und industrielle Bau entwickelten sich ebenfalls positiv (+ 21,9 bzw. + 15,8 %). Von April bis Juni belief sich der baugewerbliche Umsatz auf mehr als 1,01 Mrd. Euro. Gegenüber dem zweiten Quartal 2015 stieg der Umsatz um 8,9 %. Der Wohnungsbau übertraf das Vorjahresquarter mit einem baugewerblichen Umsatz von knapp 226,5 Mill. Euro um 13,0 %. Im gewerblichen und industriellen Bau stiegen die Umsät-

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt ⁷⁾				
	Volumenindex des Auftragseingangs ²⁾ 2010 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags- eingangs ⁴⁾ 2010 = 100	Beschäftigte	Index der Umsätze ⁵⁾ 2010 = 100	Verbraucherpreisindex ⁶⁾ 2010 = 100	Arbeitslose ⁸⁾	Arbeitslosenquote ⁹⁾	Gemeldete Arbeitsstellen ¹⁰⁾	Kurzarbeit (Personen) ⁸⁾
	insgesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen ¹¹⁾												
2013 D	98,3	94,5	102,9	356 310	133,4	25 781	102,8	105,3	185 607	6,6	34 164	7 643
2014 D	99,1	90,5	107,4	360 297	128,8	25 235	104,1	106,1	184 378	6,5	35 734	5 643
2015 D	98,8	93,3	104,7	361 736	125,5	24 616	106,2	106,3	177 944	...	42 549	5 614
2015 Juni	106,7	98,6	114,7	360 816	143,4	24 575	105,3	106,5	174 263	6,0	42 731	2 329
2. Vj. D	103,1	94,3	111,6	360 566	129,5	24 578	105,6	106,5
Juli	101,9	99,6	105,4	360 922	132,9	24 719	109,4	106,7	177 929	6,1	44 030	2 368
August	81,0	85,4	79,1	362 793	124,8	25 015	99,4	106,7	181 106	6,2	45 424	1 700
September	100,1	93,2	107,1	364 498	159,3	24 988	104,5	106,4	174 559	6,0	45 216	4 901
3. Vj. D	94,3	92,7	97,2	362 738	139,0	24 907	104,5	106,6
Oktober	98,0	93,5	103,0	363 847	115,0	24 859	111,4	106,4	170 664	5,9	45 882	3 360
November	98,9	97,5	101,7	363 622	121,8	24 608	107,4	106,4	167 209	5,7	45 965	5 987
Dezember	87,3	84,4	90,9	361 638	127,0	24 199	125,7	106,3	168 165	5,8	44 186	7 000
4. Vj. D	94,7	91,8	98,5	363 036	121,3	24 555	114,8	106,4
2016 Januar	98,1	84,8	109,9	359 718	94,2	25 415	97,6	105,3	182 460	6,3	43 713	10 682
Februar	96,1	90,2	102,3	360 240	137,7	25 617	98,8	105,8	182 811	6,3	45 366	10 747
März	96,9	90,3	103,6	359 930	169,3	25 750	108,6	106,6	179 393	6,2	47 315	...
1. Vj. D	97,0	88,4	105,3	359 963	133,7	25 594	101,7	105,9
April	95,9	93,0	99,8	359 684	146,4	26 113	110,3	106,2	176 006	6,0	47 929	...
Mai	89,4	86,4	93,3	359 450	182,1	26 625	107,7	106,6	171 125	5,8	48 699	...
Juni	104,3	99,5	109,7	360 333	192,2	26 970	108,7	106,5	168 571	5,7	49 999	...
2. Vj. D	96,5	93,0	100,9	359 822	173,6	26 569	108,9	106,4
Juli	93,7	86,1	101,0	361 885	174,1	27 252	107,9	106,9	172 954	5,9	50 898	...
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾												
2013 D	2,0	- 3,3	6,0	0,2	- 0,0	1,0	- 1,2	1,3	4,1	.	- 9,0	12,2
2014 D	0,8	- 4,2	4,4	1,1	- 3,5	- 2,1	1,3	0,8	- 0,7	.	4,6	- 26,2
2015 D	- 0,3	3,1	- 2,5	0,4	- 2,6	- 2,5	2,0	0,2	- 3,5	.	19,1	- 0,5
2015 Juni	7,9	5,6	9,4	0,5	25,7	- 2,5	4,5	0,3	- 4,3	.	20,6	- 40,8
2. Vj.	6,5	2,6	9,2	0,6	2,3	- 2,1	1,2	0,5
Juli	- 2,1	5,4	- 6,9	0,0	- 20,4	- 0,5	3,8	0,4	- 4,5	.	21,3	- 29,5
August	- 5,4	8,5	- 14,2	0,1	3,2	- 0,7	0,3	0,4	- 4,7	.	19,9	- 35,0
September	- 1,9	2,8	- 4,6	0,1	22,1	- 0,8	1,1	0,0	- 4,4	.	16,3	60,7
3. Vj.	- 3,0	5,3	- 8,2	0,0	- 0,3	- 0,7	1,9	0,3
Oktober	- 2,7	0,9	- 5,2	0,0	- 13,7	- 5,3	3,1	0,2	- 3,5	.	19,2	0,1
November	- 7,7	8,8	- 16,8	0,1	14,5	- 5,2	0,1	0,3	- 4,0	.	20,2	48,2
Dezember	- 12,7	1,8	- 20,8	0,1	- 13,9	- 4,0	3,5	0,3	- 3,5	.	21,4	- 5,8
4. Vj.	- 7,7	3,8	- 14,5	0,1	- 6,0	- 4,8	2,3	0,3
2016 Januar	- 2,6	- 7,0	0,3	- 0,1	- 18,6	3,7	- 1,0	0,3	- 3,8	.	22,2	- 6,4
Februar	- 2,4	- 1,5	- 2,9	0,0	53,4	5,2	6,1	- 0,3	- 3,1	.	17,3	- 8,2
März	- 11,9	- 9,9	- 13,2	- 0,4	29,1	5,5	0,8	0,1	- 2,6	.	15,4	...
1. Vj.	- 5,9	- 6,3	- 5,6	- 0,2	19,2	4,8	1,9	0,0
April	- 9,4	- 1,5	- 14,3	- 0,3	25,3	6,5	3,3	- 0,3	- 3,1	.	18,4	...
Mai	- 7,6	- 4,0	- 10,0	- 0,2	42,1	8,1	3,0	0,0	- 3,5	.	18,1	...
Juni	- 2,2	0,9	- 4,4	- 0,1	34,0	9,7	3,2	0,0	- 3,3	.	17,0	...
2. Vj.	- 6,4	- 1,4	- 9,6	- 0,2	34,1	8,1	3,1	- 0,1
Juli	- 8,0	- 13,6	- 4,2	0,3	31,0	10,2	- 1,4	0,2	- 2,8	.	15,6	...
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾												
2015 Juni	10,2	9,6	10,6	0,2	11,9	- 0,3	0,7	- 0,1	- 1,7	.	3,7	- 26,7
2. Vj.	0,0	0,0	0,1	- 0,0	15,4	0,6	5,8	0,6
Juli	- 4,5	1,0	- 8,1	0,0	- 7,4	0,6	3,9	0,2	2,1	.	3,0	1,7
August	- 20,5	- 14,3	- 25,0	0,5	- 6,1	1,2	- 9,1	0,0	1,8	.	3,2	- 28,2
September	23,6	9,1	35,4	0,5	27,7	- 0,1	5,1	- 0,3	- 3,6	.	- 0,5	188,3
3. Vj.	- 8,5	- 1,7	- 12,9	0,6	7,3	1,3	- 1,0	0,1
Oktober	- 2,1	0,3	- 3,8	- 0,2	- 27,8	- 0,5	6,6	0,0	- 2,3	.	1,5	- 31,4
November	0,9	4,3	- 1,3	- 0,1	5,9	- 1,0	- 3,6	0,0	- 2,0	.	0,2	78,2
Dezember	- 11,7	- 13,4	- 10,6	- 0,5	4,2	- 1,7	17,0	- 0,1	0,6	.	- 3,9	16,9
4. Vj.	0,4	- 1,0	1,3	0,1	- 12,7	- 1,4	9,9	- 0,2
2016 Januar	12,4	0,5	20,9	- 0,5	- 25,8	5,0	- 22,4	- 0,9	8,5	.	- 1,1	...
Februar	- 2,0	6,4	- 6,9	0,1	46,2	0,8	1,2	0,5	0,2	.	3,8	...
März	0,8	0,1	1,3	- 0,1	23,0	5,5	9,9	0,8	- 1,9	.	4,3	...
1. Vj.	2,4	- 3,7	6,9	- 0,8	10,3	4,2	- 11,4	- 0,5
April	- 1,0	3,0	- 3,7	- 0,1	- 13,5	1,4	1,6	- 0,4	- 1,9	.	1,3	...
Mai	- 6,8	- 7,1	- 6,5	- 0,1	24,4	2,0	- 2,4	0,4	- 2,8	.	1,6	...
Juni	16,7	15,2	17,6	0,2	5,6	1,3	0,9	- 0,1	- 1,5	.	1,0	...
2. Vj.	- 0,5	5,2	- 4,2	- 0,0	29,8	3,8	7,1	0,5
Juli	- 10,2	- 13,5	- 7,9	0,4	- 9,4	1,0	- 0,7	0,4	2,6	.	1,8	...

1) Einsch. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. Ab Januar 2009 Erfassung nach WZ 2008. – 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden. – 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. – 4) Wertindex. – 5) Ohne Mehrwertsteuer. – 6) Alle privaten Haushalte. – 7) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Hessen (vorläufige Werte). Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 8) Bei Monatswerten Stand: Monatsmitte. Änderung der methodischen Grundlagen. – 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 10) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. – 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

Bauhauptgewerbe¹⁾ in Hessen

Art der Angabe	2015			2016	
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Grundzahlen					
Auftragseingang (1000 Euro)	932 137	1 000 624	873 179	962 807	1 249 743
Umsatz (1000 Euro)	929 435	1 047 107	1 121 004	706 111	1 011 733
Beschäftigte	24 578	24 907	24 555	25 594	26 569
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Auftragseingang	2,3	- 0,3	- 6,0	19,2	34,1
Umsatz	- 6,8	- 8,3	- 3,6	4,5	8,9
Beschäftigte	- 2,2	- 0,7	- 4,8	4,8	8,1

1) Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten.

ze um 8,0 % auf gut 418 Mill. Euro. Mit knapp 367 Mill. Euro Umsatz konnte der öffentliche und Verkehrsbau das Ergebnis aus dem Vorjahresquartal um 7,3 % übertreffen. Analog zu Auftragseingängen und Umsätzen verhielt sich die Beschäftigung. Mit durchschnittlich 26 600 Personen stieg der Personalstamm gegenüber April bis Juni 2016 um 8,1 %.

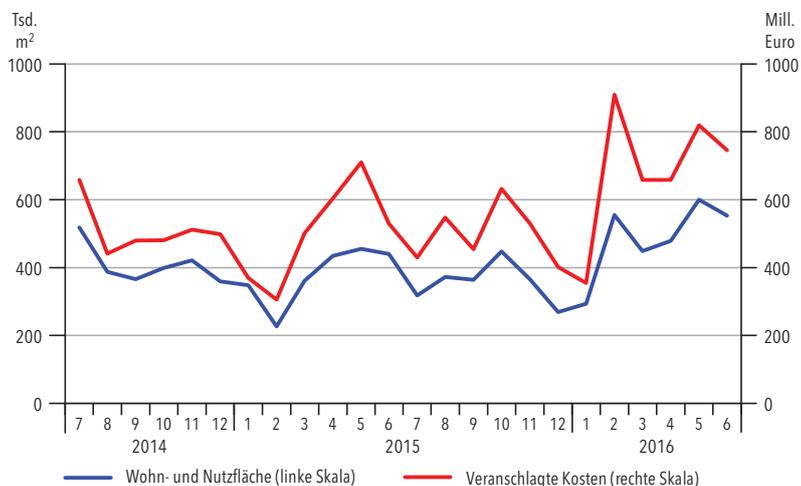
Hochbau mit durchweg positiver Entwicklung

Der Hochbau zeigte im zweiten Quartal 2016 eine durchgängig positive Entwicklung. Der Umfang der genehmigten Hochbauvorhaben stieg im zweiten Vierteljahr 2016 gegenüber dem Vorjahreszeitraum stark an.

Die genehmigte Wohn- und Nutzfläche nahm um 22,8 % auf 1 632 000 m² zu. Die dafür veranschlagten Baukosten summierten sich auf 2222 Mill. Euro. Das waren 379 Mill. Euro bzw.

20,6 % mehr als im zweiten Quartal 2015. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahreszeitraum beruht in erster Linie auf dem Engagement der Unternehmen und der privaten Haushalte im Wohnbau. Im Wohnbau nahm die genehmigte Fläche um 20,2 % zu. Dabei steigerten die Unternehmen (+ 21,1 %) den Umfang ihrer Vorhaben stärker als die privaten Haushalte (+ 15,0 %). Die veranschlagten Kosten lagen um 18,6 % über dem Wert des Vorjahresquartals. Sie stiegen bei den Unternehmen um 17,3 % und bei den privaten Haushalten um 15,3 %. Die Investitionssumme lag bei den privaten Haushalten 5,6 % über der gewerblichen. Für den Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern wurden 337 Genehmigungen mehr erteilt als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der genehmigten Mehrfamilienhäuser stieg um 67 und die der darin vorgesehenen Wohnungen um 462. In Wohnheimen sollen 525 Wohnungen entstehen. Damit sind 6543 Wohnungen in Neubauten vorgesehen; das sind 25 % mehr als im Vorjahresquartal. Weitere 1239 Wohnungen sollen durch Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden entstehen, 118 Wohnungen wurden in Nichtwohngebäuden genehmigt. Mit insgesamt 7900 neuen Wohnungen wurden gut 28 % mehr genehmigt als im gleichen Quartal des Vorjahres; die durchschnittliche Wohnfläche betrug 102 m² (ohne die Wohnungen in Nichtwohngebäuden). Die durchschnittlichen Kosten je Wohnung nahmen um 8,0 % und die Kosten je m² Wohnfläche um 3,7 % ab. Der Flächenbedarf im Nichtwohnbau stieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 26,7 % auf 672 000 m². Die dafür veranschlagten Kosten stiegen um 23,2 % auf 968 Mill. Euro. Zunahmen an genehmigten Flächen waren vor allem bei Hotels und Gaststätten (+ 102,5 %) festzustellen. Dagegen ging der Bedarf an Büro- und Verwaltungsgebäuden (- 5,0 %) leicht zurück. Die genehmigten Flächen der Unternehmen stiegen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 25,6 %, die der öffentlichen Bauherren um 39,6 % und diejenigen der privaten Haushalte wiesen ein Plus von 90,6 % auf. Trotz eines deutlich höheren Flächenbedarfs im Wohnbau sank im Nichtwohnbau der Gesamtflächenbedarf der Organisationen ohne Erwerbszweck um 4,7 %.

Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau¹⁾



1) Alle Baumaßnahmen.

Einzelhandel weiterhin mit Umsatzplus

Die monatliche Einzelhandelsstatistik basiert auf einer Stichprobenerhebung. Monatlich werden Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 250 000 Euro oder höher befragt. In Hessen sind das momentan rund 1900 Unternehmen. Erfragt wird neben dem Umsatz auch die Zahl der Voll- und Teilzeitbeschäftigten im jeweiligen Berichtsmonat. Auf dieser Basis erstellt das Hessische Statistische Landesamt (HSL) die monatliche Konjunkturstatistik für den hessischen Einzelhandel. Wie schon im ersten Quartal 2016 verzeichnete der hessische Einzelhandel im zweiten Quartal steigende Umsatzzahlen; gegenüber dem Vergleichsquartal 2015 gab es ein reales Wachstum von 3,1 %. Für einige ausgewählte Branchen verliefen die Monate April bis Juni sehr unterschiedlich. Beide Sparten des Einzelhandels, der Einzelhandel mit Lebensmitteln und der Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln, verbuchten ein Plus (real + 1,9 bzw. + 4,1 %). Untergliedert in die verschiedenen Vertriebswege wiesen die Verkaufsstände und Märkte ein preisbereinigtes Minus von 7,5 % auf, während der Versand- und Internethandel ein Plus von 14,6 % verzeichnen konnte. Den Umsätzen folgend, stieg auch die Beschäftigtenzahl. Im Vergleich zum zweiten Quartal 2015 erhöhte sich der Personalstamm insgesamt um 1,1 %. Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten wie auch die der Teilzeitbeschäftigten erhöhten sich ebenfalls um jeweils 1,1 %.

Starkes erstes Quartal für den Handel mit Kraftwagen

Die monatliche Kfz-Handelsstatistik befragt alle Kfz-Händler mit einem Jahresmindestumsatz von 10 Mill. Euro oder mindestens 100 Beschäftigten. Dies sind derzeit rund 240 Unternehmen. Die Daten der übrigen Unternehmen werden aus Verwaltungsdaten der Bundesagentur für Arbeit und der Oberfinanzdirektion übernommen. Die Entwicklung des Handels mit Kraftwagen verlief weiterhin positiv. Stetig gestiegene Umsätze führten auch zu Zuwächsen bei der Beschäftigung. Die Umsatzzuwächse aus den letzten Quartalen setzten sich fort und beliefen sich von April bis Juni real auf 11,2 %. Die Schwesterbranche des

Umsätze und Beschäftigte im Handel in Hessen nach Wirtschaftszweigen					
Art der Angabe	2015			2016	
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Messzahlen; Monatsdurchschnitt 2010 = 100					
Nominale Umsätze					
Einzelhandel ¹⁾	105,6	104,5	114,8	101,7	108,9
Kfz-Handel ²⁾	149,9	139,2	150,4	152,1	166,8
Großhandel	104,3	107,2	113,8	100,0	104,2
Reale Umsätze ³⁾					
Einzelhandel ¹⁾	99,7	99,5	109,2	97,2	102,8
Kfz-Handel ²⁾	145,1	134,5	145,3	146,3	159,9
Großhandel	100,2	103,6	110,9	97,6	101,6
Beschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	104,3	105,0	106,1	105,0	105,4
Kfz-Handel ²⁾	118,9	120,0	121,8	120,5	121,1
Großhandel	107,0	107,4	107,8	107,5	107,8
darunter Teilzeitbeschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	104,7	105,3	106,4	104,7	105,8
Kfz-Handel ²⁾	128,2	129,3	129,8	128,4	130,5
Großhandel	110,2	110,8	110,9	110,6	110,8
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Nominale Umsätze					
Einzelhandel ¹⁾	1,2	1,9	2,3	1,9	3,1
Kfz-Handel ²⁾	23,9	19,9	22,0	11,0	11,3
Großhandel	3,8	1,6	-0,7	-7,5	-0,1
Reale Umsätze ³⁾					
Einzelhandel ¹⁾	1,0	2,1	2,0	1,9	3,1
Kfz-Handel ²⁾	22,6	19,0	21,0	10,1	10,2
Großhandel	2,6	1,3	-0,9	-7,2	1,4
Beschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	1,4	1,3	0,9	1,4	1,1
Kfz-Handel ²⁾	11,0	11,4	11,9	1,8	1,9
Großhandel	-	-0,3	0,2	0,5	0,7
darunter Teilzeitbeschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	1,3	1,0	1,4	1,4	1,1
Kfz-Handel ²⁾	4,7	5,8	6,0	2,2	1,8
Großhandel	-0,5	-0,8	-0,4	0,3	0,5

1) Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. – 2) Einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3) In Preisen des Jahres 2010.

Kfz-Handels, die Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen erzielte ein reales Umsatzwachstum von 10,2 %. Für die Beschäftigung brachte das zweite Quartal 2016 für den Kfz-Handel (einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen) ebenfalls Zuwächse. Sie stieg gegenüber dem Vorjahresquartal insgesamt um 1,9 %, wobei die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 1,8 %



© Eisenhans - Fotolia.com

und die der Teilzeitbeschäftigten ebenfalls um 1,8 % zunahm.

Großhandelsumsatz wieder mit Umsatzplus

Hessenweit werden monatlich rund 500 Großhandelsunternehmen durch das Statistische Bundesamt befragt. Dabei handelt es sich ausschließlich um Großhändler mit einem Jahresumsatz von mindestens 20 Mill. Euro oder mindestens 100 Beschäftigten. Die Daten der übrigen Unternehmen werden aus Verwaltungsdaten der Bundesagentur für Arbeit und der Oberfinanzdirektion entnommen. Von April bis Juni 2016 wurde das reale Umsatzniveau gegenüber dem Vorjahresvergleichszeitraum um 1,4 % übertroffen. Den stärksten Anstieg verzeichnete der Bereich „Handelsvermittlung“; er stieg real um 10,6 %. Der Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren registrierte den größten Umsatzrückgang und brach um 10,7 % ein. Die Beschäftigung stieg ebenfalls. Sie lag im zweiten Quartal um 0,7 % über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten stieg um 0,8 %, die der Teilzeitbeschäftigten um 0,5 %.

Lage an Arbeitsmarkt weiterhin günstig

Das Wachstum der deutschen Wirtschaft hat sich im zweiten Quartal verlangsamt. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, nahm das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2016 – preis-, saison- und kalenderbereinigt – um 0,4 % gegenüber dem Vorquartal zu. Im ersten Quartal

lag die Zunahme noch bei 0,7 %. Ursachen für das schwächere Wachstum ist die im Vergleich zum Eröffnungsquartal rückläufige Dynamik bei Investitionen und dem privatem Verbrauch. Der Ausgang des Referendums in Großbritannien hatte noch keinen Einfluss auf die deutsche Wirtschaft.

Die Aufwärtstendenz am Arbeitsmarkt setzte sich im zweiten Quartal in Deutschland und in Hessen fort. Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sind weiter gewachsen. Die Arbeitslosigkeit ging zurück. Der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA-X), ein Indikator für die Nachfrage nach Arbeitskräften, stieg zum Ende des zweiten Quartals auf 216 Punkte in Deutschland, 25 Punkte mehr als im Vergleich zum Vorjahr. In Hessen erreichte dieser Stellenindex im Juni mit 211 Punkten seinen bislang höchsten Wert seit der ersten Ermittlung im Jahr 2005. Sowohl die europäische Arbeitnehmerfreizügigkeit als auch die Fluchtmigration machen sich auf dem Arbeitsmarkt langsam bemerkbar.

In Hessen waren im ersten Quartal 2016 nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR) rund 3,35 Mill. Personen erwerbstätig. Dies waren 36 390 oder 1,1 % mehr als im entsprechenden Vorjahresquartal. Seit dem zweiten Quartal 2010 nimmt die Zahl der Erwerbstätigen in jedem darauffolgenden (ersten) Quartal zu und erreichte im Betrachtungszeitraum erneut einen Höchststand. Bundesweit betrug der Anstieg der Erwerbstätigenzahl 1,3 %. Zum Beschäftigungsaufbau im ersten Quartal 2016 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum trug insbesondere der Dienstleistungsbereich mit einem Zuwachs von 38 700 neuen Stellen oder 1,5 % bei. Im Baugewerbe konnte ein Zuwachs von 3100 Stellen oder 1,9 % verzeichnet werden. Im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) ging die Beschäftigung um 4500 oder 0,8 % zurück. Der Arbeitsplatzaufbau im ersten Quartal 2016 gegenüber dem Vorjahresquartal ging hauptsächlich auf den Anstieg der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zurück. Nach ersten Ergebnissen der Bundesagentur für Arbeit setzte sich der seit

dem Jahresbeginn 2015 beobachtbare Rückgang der ausschließlich geringfügig Beschäftigten auch im Jahr 2016 fort. Nach der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns zum 1. Januar 2015 scheinen Arbeitsplatzverluste in größerem Umfang ausgeblieben zu sein. Vielmehr deuten sich, anhand der oben beschriebenen gegenläufigen Entwicklungen von sozialversicherungspflichtiger und geringfügiger Beschäftigung, strukturelle Veränderungen an¹⁾.

Im Juni 2016 waren in Hessen 168 600 Personen arbeitslos gemeldet. Das waren 5700 Personen oder 3,3 % weniger als im Vorjahreszeitraum. Es wurden 49 000 Personen (29 %) im Rechtskreis SGB III von einer Agentur für Arbeit und 119 600 Personen (71 %) im Rechtskreis SGB II von einem Träger der Grundsicherung betreut. Getrennt nach Rechtskreisen lag der Rückgang im Vergleich zum Vorjahreszeitraum im SGB III bei 7,6 %, im SGB II bei 1,3 %. 38,3 % der arbeitslos gemeldeten Personen waren langzeitarbeitslos, d. h. am jeweiligen Stichtag 1 Jahr und länger arbeitslos. Deutschlandweit sank die Zahl der Arbeitslosen im Juni 2016 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 3,6 %. In Westdeutschland lag der Rückgang im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bei 2,1 %, in Ostdeutschland bei 7,5 %. Die Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, belief sich im Juni 2016 für Hessen auf 5,1 %, für Deutschland wurde eine Quote von 5,9 % nachgewiesen. Differenziert nach Landesteilen ergab sich für Westdeutschland eine Quote von 5,4 %, für Ostdeutschland von 8,2 %. Hessen reihte sich mit einer Arbeitslosenquote von 5,1 % hinter den Ländern Bayern mit 3,2 %, BadenWürttemberg mit 3,7 % und Rheinland-Pfalz mit 4,9 % an vierter Stelle ein. Für die Gruppe der 15- bis unter 25-Jährigen belief sich die Quote im Juni 2016 in Hessen auf 4,6 %. Im Vergleich zum Vorjahresmonat war die Quote somit unverändert. Im Gegensatz dazu ging die Quote der 50- bis unter 65-Jährigen von 5,5 auf 5,2 % zurück²⁾.

Die Zuwanderung nach Deutschland hat in den letzten Jahren aus unterschiedlichen Gründen zugenommen. Hauptgründe sind Zuwanderungen infolge der uneingeschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit für die osteuropäischen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die



© momius - Fotolia.com

EU-Schuldenkrise und aktuell die Fluchtmigration. Im Rahmen der Statistik der Bundesagentur für Arbeit können Asylbewerber und Flüchtlinge „...nicht direkt erkannt werden. Es können aber hilfsweise Auswertungen nach der Staatsangehörigkeit vorgenommen werden.“ Hier kann bei Betrachtung der Veränderungen näherungsweise auf geflüchtete Personen geschlossen werden. Die Bundesagentur für Arbeit fasst in der Gruppe „Asylherkunftsländer“ die Länder mit den meisten Asylanträgen in den letzten Jahren zusammen. Dies sind Staatsangehörige der Länder Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien. In Hessen nahm im Juni 2016 im Vergleich zum Vorjahresmonat die Zahl der als arbeitssuchend gemeldeten Personen mit einer der o. g. Staatsangehörigkeiten um 8800 auf 25 400 Personen zu. Die Zahl der arbeitslos gemeldeten Personen dieser Gruppe nahm um 3600 auf 12 600 Personen zu. Die Zunahme dieser Größen bedeutet nicht, dass die Zuwanderung wieder angestiegen ist. Vielmehr erreichen schon vor Monaten eingereiste Schutzsuchende nach Bearbeitung ihrer Anträge und dem Absolvieren von Sprachkursen den Arbeitsmarkt. Insgesamt nahm in Hessen die Zahl der Arbeitslosen im Juni im Vergleich zum Vorjahresmonat um 5700 Personen ab³⁾.

1) Siehe u. a. Auswirkungen des Mindestlohns im Jahr 2015 in: Aktuelle Berichte 1/2016, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg 2016.

2) Vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Arbeitslose nach Rechtskreisen, Nürnberg, Datenstand: Juni 2016 und Arbeitsmarkt in Zahlen, Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung/Juni 2016.

3) Vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Migrations-Monitor Arbeitsmarkt, Hannover, September 2016.



© JENS - Fotolia.com

Für internationale Vergleiche wird die Erwerbslosenquote des Statistischen Amtes der Europäischen Union, Eurostat, herangezogen⁴⁾. Die harmonisierte und saisonbereinigte Arbeitslosenquote lag im Juni 2016 im Euroraum (EU 19) bei 10,1 %, in der Europäischen Union (EU 28) bei 8,6 %. Insgesamt waren nach Schätzung von Eurostat in der EU 28 insgesamt 20,986 Mill. Personen erwerbslos, davon 16,269 Mill. im Euroraum. Der seit 2013 beobachtbare Rückgang der Erwerbslosenquoten für die EU 28 setzte sich auch am aktuellen Rand fort. Von den Mitgliedstaaten verzeichneten Malta (4,0 %), die Tschechische Republik (4,1 %) und Deutschland (4,2 %) die geringsten Erwerbslosenquoten. Die höchsten Quoten registrierten Griechenland (23,3 % im April 2016) und Spanien (19,9 %). Ergebnisse nach dem ILO-Konzept für Hessen liegen für das Jahr 2015 vor. Der entsprechende Wert für Hessen lag bei 4,0 %, der vergleichbare Wert für Deutschland bei 4,6 %. Im Juni 2016 waren in der EU 28 4,194 Mill. Personen im Alter von unter 25 Jahren erwerbslos, davon 2,915 Mill. im Euroraum. Gegenüber Juni 2015 fiel deren Zahl in der EU 28 um 492 000 und im Euroraum um 248 000. Im Juni 2016 lag die Jugenderwerbslosenquote in der EU 28 bei 18,5 % und im Euroraum bei 20,8 %, gegenüber 20,6 bzw. 22,5 % im Juni 2015. Die niedrigsten Quoten im Juni 2016 verzeichneten Malta (6,9 %) und Deutschland (7,2 %). Die höchsten Quoten re-

4) Mit „Erwerbslosigkeit“ werden im Folgenden die europaweit und international vergleichbaren Daten nach dem ILO-Konzept beschrieben. Demgegenüber werden die von der Bundesagentur für Arbeit erhobenen und auf dem Sozialgesetzbuch basierenden Daten unter dem Begriff „Arbeitslosigkeit“ geführt. Für tieferegehende Informationen vgl. <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Grundlagen/Arbeitslosigkeit-Unterschaeftigung/Arbeitslosigkeit-Erwerbslosigkeit-Nav.html>.

5) Vgl. Eurostat Pressemitteilungen 83/2016 vom 28.4.2016 und 150/2016 vom 29.7.2016.

6) Vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Gemeldete Arbeitsstellen, Nürnberg, Juni 2016.

7) Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Bewerber und Berufsausbildungsstellen, Nürnberg, Juni 2016.

gistrierten Griechenland (47,4 % im April 2016) und Spanien (45,8 %). Die Jugenderwerbslosenquote drückt die Zahl der arbeitslosen 15- bis 24-Jährigen als Anteil an den Erwerbspersonen der gleichen Altersklasse aus. Folglich zeigt die Jugenderwerbslosenquote nicht den Anteil der erwerbslosen Personen an der Gesamtbevölkerung im Alter von 15 bis 24 Jahren, da nicht jeder Jugendliche am Arbeitsmarkt teilnimmt⁵⁾.

Der Bestand an gemeldeten Stellen ergänzt die klassische Arbeitsmarktbeobachtung, die oft auf Beschäftigtenzahlen und Arbeitslosenquoten beruht. Insbesondere die Veränderung der gemeldeten Stellen und deren Charakteristika geben Einblick in die Einstellungsbereitschaft und runden die Arbeitsmarktbeobachtung ab. Im Juni 2016 lag der Bestand der den Agenturen für Arbeit oder den Trägern für Grundsicherung in Hessen gemeldeten Stellen bei 50 000 Arbeitsstellen. Dies entsprach einer Zunahme im Vergleich zum Vorjahresmonat um 7300 Stellen oder 17 %. Saisonbereinigt nahm die Zahl um 300 Stellen zu. Auch die erste Jahreshälfte 2016 insgesamt zeichnete sich durch eine, im Vergleich mit dem Vorjahreszeitraum, höhere Zahl an gemeldeten Stellen aus. Bei 96,1 % der gemeldeten Stellen handelte es sich um sozialversicherungspflichtige Beschäftigung; 80 % waren unbefristet. Ein großer Teil der gemeldeten Stellen (39,6 %) war im Wirtschaftsabschnitt N „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ angesiedelt. Mit 32,2 % aller gemeldeten Stellen, insbesondere in den Darunter-Positionen des Wirtschaftsabschnitts N „Überlassung von Arbeitskräften“, also der Zeitarbeit. Auf den Plätzen 2 und 3 folgten die Bereiche „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ mit 10,7 % und „Gesundheits- und Sozialwesen“ mit 9,4 %⁶⁾.

Von Oktober 2015 bis Ende Juni 2016 wurden insgesamt 33 500 Berufsausbildungsstellen in Hessen gemeldet. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum war dies ein Anstieg von 6,4 %. Im gleichen Zeitraum nahmen 36 500 Bewerber die Ausbildungsvermittlung der Arbeitsagenturen und Jobcenter in Hessen in Anspruch. Dies waren 0,5 % weniger als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Ende Juni 2016 noch unversorgten Bewerber belief sich auf 15 500 Personen⁷⁾.

Zahl der Unternehmensinsolvenzen weiter gesunken

Von April bis Juni 2016 haben die hessischen Amtsgerichte über 382 Anträge auf Insolvenz von Unternehmen entschieden; das waren 4,3 % weniger als im Vergleichsquarter 2015.

Der Anteil der mangels Masse abgewiesenen Anträge entsprach im zweiten Quartal 2016 mit gut 32 % dem Niveau des Jahres 2015. Die voraussichtlichen offenen Forderungen der Gläubiger bei Unternehmensinsolvenzen bezifferten die Gerichte für das zweite Quartal 2016 auf insgesamt 519 Mill. Euro. Dies entspricht 1,4 Mill. Euro je beantragter Insolvenz.

Von der Insolvenz ihres Arbeitgebers waren im zweiten Quartal 2016 insgesamt 2113 Beschäftigte betroffen, mehr als im Durchschnitt des Jahres 2015 (1510 Beschäftigte).

Die Entwicklung der Insolvenzzahlen verlief in den einzelnen Branchen recht unterschiedlich. Aufgrund der geringen absoluten Fallzahlen sind die folgenden prozentualen Änderungen jedoch vorsichtig zu interpretieren. Ein besonders deutlicher Anstieg gegenüber dem zweiten Quartal 2015 war im Gastgewerbe (+ 50 %) zu beobachten. Insgesamt beantragten 45 Unternehmen in diesem Bereich im zweiten Quartal 2016 Insolvenz. Ebenfalls mehr Insolvenzanträge wurden in den Bereichen „Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen“ (+ 38 %) sowie „Handel“ (+ 18 %) gestellt. Deutliche Rückgänge von Unternehmensinsolvenzen gab es hingegen in fast allen anderen Wirtschaftsbereichen, insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe (- 34 %) und im Bereich „Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen“ (- 32 %).

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen lag im zweiten Quartal 2016 mit 1241 Fällen um gut 3 % unter dem Ergebnis des vorherigen Quartals und gut 4 % niedriger als im zweiten Quartal 2015. Die voraussichtlichen Forderungen je Verbraucherinsolvenz lagen im zweiten Quartal 2016 mit 44 200 unter dem Niveau der Vorjahre mit 53 100 Euro im Jahr 2015 und 58 100 Euro im Jahr 2014.

Bei den Insolvenzen der ehemals selbstständig Tätigen wird unterschieden zwischen Personen,



© FM2 - Fotolia.com

die aufgrund nicht überschaubarer Vermögensverhältnisse (mehr als 19 Gläubiger oder Verbindlichkeiten aus Arbeitsverhältnissen) wie Unternehmen das Regelinsolvenzverfahren durchlaufen und Personen mit überschaubaren Vermögensverhältnissen, auf die das vereinfachte Verfahren wie für Verbraucher angewendet wird.

Die Zahl der Regelinsolvenzverfahren ehemals selbstständig Tätiger lag im zweiten Quartal 2016 mit 328 Fällen gut 11 % unter dem Wert des vorherigen Quartals und 18 % niedriger als im entsprechenden Vorjahresquarter. Die voraussichtlichen Forderungen je Regelinsolvenz ehemals Selbstständiger lagen im zweiten Quartal 2016 mit 172 300 Euro merklich unter dem Niveau des Jahres 2015 (211 000 Euro).

Auch die Anträge auf ein vereinfachtes Verfahren ehemals Selbstständiger fielen mit 187 Fällen im zweiten Quartal 2016 gegenüber dem Vorquarter um 7 %, gegenüber dem zweiten Quartal 2015 stiegen sie hingegen leicht (+ 2 %). Die voraussichtlichen Forderungen je Verfahren lagen mit 126 500 Euro deutlich unter dem Niveau des Jahres 2015 (164 000 Euro).

Inflationsrate nahezu konstant

Der Verbraucherpreisindex lag im zweiten Quartal 2016 um 0,1 % unter dem Niveau des gleichen Vorjahreszeitraums. Im ersten Quartal stagnierte die Teuerung mit einer Inflationsrate von 0,0 %, während sie im vierten Quartal 2015 um 0,3 % angestiegen war.



© Tomasz Zajda - Fotolia.com

Ursächlich für die erneut leichte Abschwächung der Teuerung im zweiten Quartal dieses Jahres sind vor allem die im Jahresvergleich deutlich gesunkenen Energiepreise, darunter insbesondere Heizöl und Kraftstoffe (- 13,8 %), die die Preissteigerungen bei Mieten leicht überkompensierten. Ohne die Preise für Energie gerechnet lag die durchschnittliche Inflationsrate im

zweiten Quartal 2016 bei 0,9 %, nach 1,1 % im ersten Quartal.

Der Preisindex für Haushaltsenergie (Strom, Heizöl, Gas, feste Brennstoffe, Zentralheizung und Fernwärme) lag im zweiten Quartal 2016 um 6,8 % unter dem Wert des vergleichbaren Vorjahresquartals. Praktisch alle im Verbrauch der privaten Haushalte bedeutenden Energieträger wurden binnen Jahresfrist billiger, aber in sehr unterschiedlichem Ausmaß: Heizöl (- 24,5 %), Kraftstoffe (- 10,9 %), Gas (- 4,1 %) und Strom (- 0,7 %).

Die Wohnungsmieten, deren Gewicht im Verbraucherpreisindex gut ein Fünftel beträgt, verteuerten sich im Vergleich zum zweiten Quartal 2015 um 1,6 %. Somit verstetigt sich der Trend steigender Mieten: Im ersten Quartal dieses Jahres hatte die Teuerungsrate der Mieten bei 1,7 % gelegen, nach 2,0 % im vierten Quartal 2015.

Das Niveau der Nahrungsmittelpreise stieg im zweiten Vierteljahr gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 0,4 % an. Damit haben sich Nahrungsmittel weniger stark verteuert als noch im ersten Quartal (+ 1,2 %). Aufgrund der Heterogenität der Nahrungsmittel bestanden auch im zweiten Quartal deutliche Unterschiede zwischen den Teuerungsraten der einzelnen Produkte. Teurer wurden Gemüse (+ 5,6 %), Obst (+ 3,3 %), Fisch und Fischwaren (+ 1,4 %), Fleisch und Fleischwaren sowie Brot und Getreideerzeugnisse (jeweils + 0,1 %). Neben Speisefetten und -ölen (- 2,9 %) verbilligten sich im zweiten Quartal am deutlichsten Molkereiprodukte und Eier (- 4,5 %), darunter insbesondere Schnittkäse (- 6,5 %), Quark (- 7,0 %), H-Milch (- 7,6 %) und Sahne (- 10,7 %), während Eier um 7,8 % teurer wurden.

Preise für Bekleidung und Schuhe lagen im zweiten Quartal 2016 um 0,5 % über dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums und stiegen damit weniger stark als im zweiten Quartal 2015 (+ 1,0 %). Im Bereich der Nachrichtenübermittlung verbilligten sich die Leistungen erneut (- 1,0 %), womit sich hier der Trend zu weiter sinkenden Preisen fortsetzte. Während Telefon- und Faxgeräte (- 1,8 %) sowie Telekommunikationsdienstleistungen (- 1,6 %) billiger

Verbraucherpreisindex in Hessen

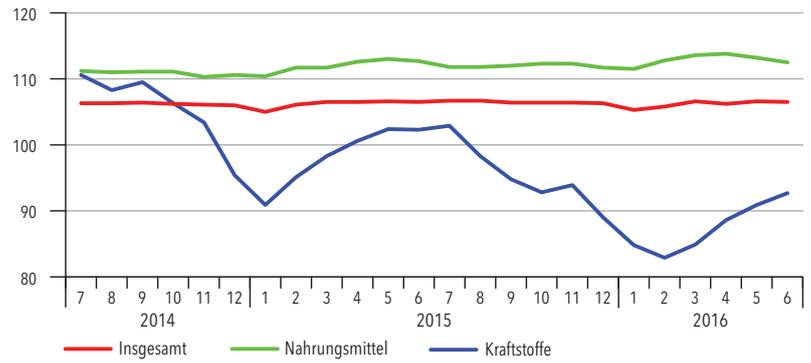
Art der Angabe	2015			2016	
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
2010 = 100					
Verbraucherpreisindex	106,5	106,6	106,4	105,9	106,4
und zwar					
Nahrungsmittel	112,8	111,9	112,1	112,6	113,2
Kleidung und Schuhe	105,9	104,0	106,9	102,9	106,4
Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten)	107,6	108,1	108,5	108,9	109,3
Haushaltsenergie	114,0	111,7	109,4	105,5	106,2
Verkehr	105,8	105,1	103,2	101,5	103,6
Kraftstoffe	101,8	98,7	91,9	84,2	90,7
Nachrichtenübermittlung	91,3	91,0	90,7	90,8	90,4
Unterhaltungselektronik	74,5	74,7	75,3	74,5	74,4
Dienstleistungen (ohne Mieten)	106,0	107,5	107,2	107,6	107,0
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Verbraucherpreisindex	0,5	0,3	0,3	0,0	- 0,1
und zwar					
Nahrungsmittel	1,0	0,7	1,3	1,2	0,4
Kleidung und Schuhe	1,0	1,8	- 0,1	- 0,6	0,5
Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten)	1,8	2,0	2,0	1,7	1,6
Haushaltsenergie	- 5,0	- 6,5	- 6,3	- 7,3	- 6,8
Verkehr	- 1,3	- 2,1	- 1,6	- 2,0	- 2,1
Kraftstoffe	- 8,0	- 9,9	- 9,6	- 11,2	- 10,9
Nachrichtenübermittlung	- 1,2	- 1,1	- 1,3	- 1,0	- 1,0
Unterhaltungselektronik	- 4,4	- 1,1	0,5	0,0	- 0,1
Dienstleistungen (ohne Mieten)	1,2	1,0	1,1	1,2	0,9

wurden, verteuerten sich Post- und Kurierdienstleistungen deutlich um 4,8 %.

Im Bereich der Unterhaltungselektronik blieb, bei gegenläufigen Entwicklungen der Preise von einzelnen Produkten dieser breiten und sehr heterogenen Kategorie, das Preisniveau im zweiten Quartal 2016 nahezu konstant (- 0,1 %). Die Preise einzelner Produkte in dieser breiten und sehr heterogenen Kategorie entwickelten sich dabei gegenläufig. Hier standen beispielsweise deutliche Preissenkungen für Fernsehgeräte (- 11,6 %) sowie USB-Sticks oder Speicherkarten (- 10,4 %) zum Teil kräftigen Preissteigerungen für Heimkino-Anlagen (+ 11,1 %), Desktop-PCs (+ 6,2 %) und Notebooks oder Netbooks (+ 5,6 %) gegenüber und kompensierten sich in ihren Wirkungen auf die Teuerung dieses Warensegments.

Bei anderen Gebrauchsgütern für den Haushalt stellte sich die Preisentwicklung, bei allerdings geringeren Veränderungsraten, gleichfalls sehr differenziert dar: Preise für Glaswaren und Geschirr sowie Heimtextilien (jeweils + 0,4 %) stiegen im zweiten Quartal 2016 gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres. Haushaltsgeräte

Verbraucherpreisindex¹⁾



1) 2010 = 100.

(- 0,4 %) sowie Möbel und Einrichtungsgegenstände (- 0,3 %) verbilligten sich hingegen.

Dienstleistungen (ohne Mieten) für private Haushalte wurden im Vergleich zum zweiten Quartal 2015 um 0,9 % teurer. Darunter stiegen insbesondere die Preise für Kulturdienstleistungen (+ 2,9 %), Sport- und Erholungsdienstleistungen (+ 2,3 %), Taxifahrten (+ 2,2 %) und Verbundfahrkarten (+ 1,9 %). Anders als im Vorjahreszeitraum sanken dagegen die Preise für Beherbergungsdienstleistungen (- 0,8 %).